



Kiel, 24. Februar 2009

Präsidenten des
Schleswig-Holsteinischen Landtages
Herrn Martin Kayenburg, MdL

Ministerpräsidenten
des Landes Schleswig-Holstein
Herrn Peter Harry Carstensen

nachrichtlich:

Vorsitzenden des
Finanzausschusses des
Schleswig-Holsteinischen Landtages
Herrn Günther Neugebauer, MdL

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Umdruck 16/4013

Sehr geehrter Herr Präsident,
sehr geehrter Herr Ministerpräsident,

Schleswig-Holstein hat über Jahrzehnte mehr ausgegeben als eingenommen. Diese Politik hat das Land finanziell immer weiter gelähmt; seit Jahren kann es seine Zinsen nur mit zusätzlichen Schulden bezahlen. Wegen der Finanz- und Wirtschaftskrise spitzt sich die Lage nun dramatisch zu: In den nächsten Jahren werden die Schulden des Landes um mehrere Milliarden Euro explodieren. Gleichwohl muss Schleswig-Holstein bis 2019 seinen Haushalt ausgleichen, wenn der Beschluss der Föderalismuskommission II zur Schuldenbremse Gesetz wird.

Dies zeigt: Schleswig-Holstein steht jetzt finanzpolitisch am Scheideweg. Wenn das strukturelle Defizit nicht endlich systematisch abgebaut wird, steht die politische Handlungsfähigkeit des Landes auf dem Spiel.

Kurzfristig explodieren die Schulden

Ende 2008 hatte das Land 23 Milliarden Euro Schulden. Trotzdem will es in den nächsten Jahren wieder deutlich mehr ausgeben, als es einnimmt. Zusätzliche Schulden bis 2012: 2 Milliarden Euro.

Darüber hinaus drohen bis zu 1,3 Milliarden Euro zusätzliche Schulden:

- Im Entwurf des Nachtragshaushalts schlägt die Landesregierung vor, 2009 und 2010 über 340 Millionen Euro aus einer Rücklage zu entnehmen. Aber in dieser Rücklage liegt kein Geld: sie ist nur ein Blankoscheck. Treten die veranschlagten Einnahmen und Ausgaben des Landes wie geplant ein, müsste es den Scheck mit 340 Millionen Euro zusätzlichen Schulden decken.
- Im Finanzplan hat die Landesregierung für 2011 und 2012 über eine Milliarde Euro globale Minderausgaben angesetzt. Auch ein ungedeckter Scheck: Denn in den letzten Jahren wurden diese Beträge nie eingespart; die *Minderausgaben* aus den Finanzplänen verwandelten sich in den Haushaltsplänen in *Ausgaben*. Das würde eine weitere Milliarde Schulden bedeuten.

Bis zu 3,3 Milliarden Euro zusätzliche Schulden bis 2012: Das wäre schon in Zeiten guter Konjunktur ein finanzpolitisches Desaster. Umso schlimmer wird es, weil die Finanz- und Wirtschaftskrise das Land hart treffen:

Die Finanzkrise traf das Land direkt, die Treffer wirken nach. Das Land muss gemeinsam mit der Freien und Hansestadt Hamburg die schwer angeschlagene HSH Nordbank mit Milliardenbeträgen retten. Warum? Die Bank bankrottgehen zu lassen, würde noch viel teurer. Daher konnten die beiden Landesregierungen kaum anders, als den Landesparlamenten vorzuschlagen,

- der Bank 3 Milliarden Euro frisches Eigenkapital zu geben
- und
- Geschäfte der Bank mit bis zu 10 Milliarden Euro abzusichern.

Um das Geld aufzubringen - zunächst 1,5 Milliarden Euro für frisches Eigenkapital - müsste Schleswig-Holstein sich weiter verschulden, wenn auch zunächst in einem Nebenhaushalt. Weitere Risiken drohen, denn das Rettungskonzept beruht auf optimistischen Annahmen über die zukünftigen Geschäftserfolge der Bank.

Der durch die Finanzkrise ausgelöste konjunkturelle Einbruch trifft Schleswig-Holstein besonders hart, weil das Land nicht einmal in guten Zeiten mit seinen Einnahmen auskommt. Und jetzt wird es noch weniger einnehmen, muss aber noch mehr ausgeben:

- Der Landesrechnungshof schätzt, dass das Land wegen niedrigeren Wirtschaftswachstums bis 2012 auf mehr als eine Milliarde Euro geplanter Steuereinnahmen verzichten muss.
- Die im Konjunkturpaket II beschlossenen Steuersenkungen werden das Land bis 2012 zusätzlich über 200 Millionen Euro kosten.
- Gleichzeitig wird das Land mehr ausgeben müssen, weil mehr Menschen finanziell unterstützt werden müssen.

3,3 Milliarden Euro Ausgangsdefizit, mindestens 1,5 Milliarden Euro für die HSH Nordbank und mindestens 1,2 Milliarden Euro weniger Steuern:

Um 6 Milliarden Euro würde das Land bis 2012 seine Schulden erhöhen - auf über 29 Milliarden Euro. Höhere Sozialausgaben werden den Betrag noch steigern, ebenso das eine oder andere geplatzte Geschäft der HSH Nordbank und mehrere hundert Millionen Euro jährliche Zinsausgaben für die zusätzlichen Schulden.

Allerdings sieht der Landesrechnungshof keine realistische Möglichkeit, diese zusätzlichen Schulden *in der Wirtschaftskrise* zu vermeiden. Würden Landtag und Landesregierung jetzt zum Haushaltsausgleich Ausgaben kürzen oder der HSH Nordbank Kapital und Garantien verweigern, sie würden die Krise in Schleswig-Holstein verschlimmern.

Die zu erwartende Schuldenexplosion wird es dem Landtag und der Landesregierung erheblich erschweren, den Haushalt zu sanieren. Wer aber die Sanierung verweigert, setzt die politische Handlungsfähigkeit Schleswig-Holsteins aufs Spiel.

Die Herausforderung: Ab 2020 keine zusätzlichen Schulden

Die Föderalismuskommission II hat vorgeschlagen, den Ländern ab 2020 zusätzliche Schulden zu verbieten. Hierzu müssen die Länder bis 2019 ihre Haushalte ausgleichen; dabei sollen die reicheren Länder den ärmeren mit Zuschüssen helfen:

Schleswig-Holstein soll 720 Millionen Euro bekommen - ab 2011 80 Millionen Euro jährlich.

Das Finanzministerium beziffert das jährliche strukturelle Defizit des Landes auf 600 Millionen Euro. Seine Einnahmen kann das Land kaum noch steigern - also muss der Betrag bei den Ausgaben eingespart werden: Unter sonst gleichen Bedingungen muss das Land schrittweise bis spätestens 2019 sein jährliches Ausgabenniveau um 600 Millionen Euro senken, um den Haushalt zu sanieren. Der Landesrechnungshof meint: Das ist hart - aber es würde gehen. Die Lage ist sehr schlimm, aber (noch) nicht hoffnungslos.

Wie könnte es gehen?

1. Aufgaben abbauen

Das Land kann sein Ausgabenniveau nur dauerhaft senken, wenn es Aufgaben aufgibt und viele der verbleibenden Aufgaben in geringerem Umfang erfüllt.

Bisher haben Landtag und Landesregierung viel zu wenig Aufgaben abgebaut. Die Landesregierung ist mit ihren Plänen gescheitert, die Landesverwaltung merklich zu straffen. Sie scheiterte an mangelndem Sparwillen und Ressortegoismus. Das muss sich zügig ändern. Nur wenn jede Ministerin und jeder Minister tatkräftig im eigenen Ressort Aufgaben abbaut und Ausgaben kürzt, kann es gelingen, den Haushalt zu sanieren.

2. Personal abbauen

Der größte Ausgabenblock des Landes sind die Personalausgaben. Nach dem Entwurf des Nachtrags soll es 2009 dafür 3,2 Milliarden Euro ausgeben, 38 % seiner bereinigten Ausgaben. Für aktives Personal sind es knapp 2,2 Milliarden Euro (25,9 %), für Versorgungsempfänger knapp eine Milliarde Euro (11,8%).

Landtag und Landesregierung werden bei der Sanierung des Haushalts nicht umhin kommen, das Niveau der Personalausgaben zu senken: Sie müssen Personal abbauen und das verbleibende Personal effizienter einsetzen. Bislang haben sie zu viel tabuisiert: Schulen, Polizei, Steuerverwaltung und Justiz. Dort arbeiten 86 % der Be-

schäftigten des Landes; dort fallen 88 % seiner Ausgaben für aktives Personal an. Solange Landtag und Landesregierung die Tabus nicht aufgeben, ist die Haushaltssanierung zum Scheitern verurteilt.

Nach den Beschlüssen der Föderalismuskommission malten einige öffentlich den Teufel an die Wand: Wenn das Land ab 2020 ohne Schulden auskommen müsse, dann müsse es bald Tausende Bedienstete entlassen. *Das ist falsch*. Diese Argumentation spielt nur denjenigen in die Hände, die eine Lösung durch eigene Kraftanstrengung ablehnen.

Nach Angaben der Landesregierung werden von 2009 bis 2020 voraussichtlich über 20.000 Bedienstete in den Ruhestand treten - fast 16.000 davon arbeiten in den Tabubereichen. Diese Pensionierungswelle bietet eine einmalige Chance, Personal sozialverträglich abzubauen: Landtag und Landesregierung müssten nur endlich Aufgaben abbauen, Strukturen straffen und einen Teil der freiwerdenden Stellen streichen. Prof. Seitz empfahl dem Land in seinem Gutachten am Beginn der Wahlperiode, ungefähr 6.000 Stellen einzusparen. Hiernach müsste von den freiwerdenden Stellen jede dritte gestrichen werden. Lassen Landtag und Landesregierung diese Chance ungenutzt verstreichen, ist die Haushaltssanierung zum Scheitern verurteilt.

Das Land muss Personal abbauen, nicht die Gehälter seiner Bediensteten kürzen. Schon jetzt bezahlt Schleswig-Holstein seine Beamten und seine neu eingestellten Beschäftigten schlechter als der Bund und andere Bundesländer. Wenn Schleswig-Holstein als Arbeitgeber attraktiv bleiben will, muss es auch attraktive Gehälter anbieten.

3. Besser organisieren

In der Hochschulpolitik haben Landtag und Landesregierung keine klaren Prioritäten gesetzt und sich verzettelt. Die Hochschullandschaft ist zersplittert und trotz gestiegener Landeszuschüsse unterfinanziert. Regionalpolitischer Proporz und lokales Kirchturmdenken verhindern effizientere Strukturen. Studiengebühren werden abgelehnt, obwohl die Hochschulen damit die Lehr- und Studienbedingungen verbessern könnten. Landtag und Landesregierung müssen sich dieser Realität stellen.

4. Zusätzliche Ausgaben vermeiden

Der Landtag hat beschlossen, alle Eltern schrittweise von ihren Beiträgen zu Kindertagesstätten zu befreien. Die volle Beitragsfreiheit kostet das Land jährlich 105 Millionen Euro. Diese Art der Finanzpolitik kann sich Schleswig-Holstein nicht leisten.

Der Landesrechnungshof bestreitet nicht, dass beitragsfreie Kindergärten gesellschaftlich sinnvoll sein können. Aber wenn der Landtag entscheidet, dass dies so wichtig ist, dass das Land es bezahlen soll, dann müsste er es schaffen können, in den über 9 Milliarden Euro bereinigten Ausgaben des Landes einen Ausgleich zu finden, damit die Ausgaben des Landes nicht steigen: Schließlich geht es nur um einen Anteil von 12 Promille.

Schleswig-Holstein am Scheideweg

Seit Jahrzehnten lebt das Land Schleswig-Holstein über seine Verhältnisse: Die Wirtschaftskrise droht jetzt, das Fass zum Überlaufen zu bringen.

Schulden und Zinsausgaben explodieren derzeit. Trotzdem muss das Land bis 2019 seinen Haushalt ausgleichen. Hierzu muss es ein jährliches strukturelles Defizit von 600 Millionen Euro schrittweise abbauen. Dies wird nur gelingen, wenn das Land endlich Aufgaben aufgibt und Personal abbaut - vor allem in den bisherigen Tabubereichen. Zusätzliche Ausgaben kann sich das verarmte Schleswig-Holstein nicht länger leisten: Neue Ausgaben müssen durch Streichungen ausgeglichen werden.

Bei bereinigten Ausgaben von zurzeit über 9 Milliarden Euro kann das Land weiter seine Aufgaben erfüllen, wenn es die Ausgaben im nächsten Jahrzehnt schrittweise um 600 Millionen Euro kürzt - knapp 7 %. Dies entspricht auch dem Bekenntnis der Großen Koalition, den Landeshaushalt bis 2015 ausgleichen zu wollen - abgegeben lange bevor Zinszuschüsse der reicheren Länder in Aussicht standen.

Schleswig-Holstein kann beides meistern: Erst die Wirtschaftskrise und dann die Haushaltskrise. Es gilt, die Herausforderung zu erkennen und sie unverzüglich anzunehmen. Wenn nicht jetzt, wann dann?

Die Mitglieder des Landtages und der Landesregierung sind dafür verantwortlich.

Wegen der aktuellen Bedeutung dieses Schreibens informiere ich die Öffentlichkeit.

Mit freundlichen Grüßen
gez. Dr. Aloys Altmann